



- Merkblatt zur Förderung des Jagdwesens aus den Mitteln der Jagdabgabe des Landes Sachsen-Anhalt -

Zusammen mit den Gebühren für den Jagdschein wird durch die Jagdbehörden eine Jagdabgabe erhoben. Über deren Verwendung entscheidet das Landesverwaltungsamt nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel im Benehmen mit der Landesjägerschaft. Alle Jägerinnen und Jäger leisten damit einen unmittelbaren Beitrag zur Förderung des Jagdwesens als wichtigen Bestandteil zur Wahrung des ökologischen Gleichgewichtes, zur Verhinderung von Wildschäden, zur Erzielung eines angepassten und ökologisch verträglichen Wildbestandes und zur Unterstützung wissenschaftlicher Forschungsprojekte.

1. Auf welcher Grundlage werden die Mittel der Jagdabgabe zur Förderung jagdlicher Zwecke verwendet?

Die Gewährung von Fördermitteln geschieht auf Grundlage des §22 Absatz 2 Landesjagdgesetz Sachsen-Anhalt (LJagdG LSA) und der §§ 23 und 44¹ oder § 34² der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt in der jeweils geltenden Fassung.

Für detaillierte Bestimmungen über den Förderungszweck, die Fördergegenstände, die Art, Höhe und Umfang der Verwendung bzw. deren anschließende Kontrolle sind vom Ministerium der Finanzen³ bzw. dem Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie Verwaltungsvorschriften erlassen wurden, die in diesem Merkblatt erläutert werden. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht.

2. Was wird gefördert?⁴

a) Maßnahmen des Wildschutzes

- Biotopgestaltung, -pflege und -vernetzung zur Verbesserung der Lebensgrundlagen des Wildes
- Wildbestandssicherung oder -verbesserung
- Schutz von gefährdeten Arten
- Reduzierung invasiver Arten
- Maßnahmen zur Reduzierung von Wildunfällen

¹ bindend für Antragsteller außerhalb der Landesverwaltung

² bindend für Antragsteller innerhalb der Landesverwaltung

³ Zuwendungsrechtsergänzungserlass des MF vom 06.06.2016, Az.: 21-04011-8

⁴ Erl. MULE vom 15. Juni 2018, Az.: 51.11-65021

b) Maßnahmen der Wildforschung

- Wildökologische Forschung einschließlich Monitoring
- Untersuchung sowie Überwachung von Lebensräumen
- Entwicklung und Weiterentwicklung von Jagdstrategien

c) Maßnahmen der Hege und ähnlicher jagdliche Zwecke

- Veranstaltungen und sonstige Maßnahmen zur jagdlichen Aus- und Weiterbildung
- Jagdgebrauchshundewesen, Ausbildungsanlagen für Hunde
- Neubau, Ausbau oder Unterhaltung von Schießstandanlagen, die dem jagdlichen Schießwesen dienen
- Gründung von Hegegemeinschaften im Sinne des § 15 des LJagdG LSA
- Jagdliche Öffentlichkeitsarbeit, Umweltbildung und Informationsverarbeitung
- Falknerei
- Jagdliches Brauchtum
- Entwicklung von Konzepten oder Strukturen zur Vermarktung jagdlicher Erzeugnisse

3. Wer ist förderberechtigt?

Privatpersonen und Institutionen.⁵

4. Worin bestehen die Fördervoraussetzungen?

Eine Förderung ist nur für Maßnahmen möglich,

a) soweit sie in Sachsen-Anhalt realisiert oder wirksam werden

und

b) wenn die Höhe der Förderung mindestens 100 Euro⁶ beträgt.

Die Förderung von Projekten aus Mitteln der Jagdabgabe ist auch dann möglich, wenn Projekte auf gepachteten Flächen umgesetzt werden sollen. Diese Regelung betrifft auch Flächen, deren Eigentümer eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. Voraussetzung für die Förderung auf gepachteten Flächen ist das Vorliegen eines, für mindestens die Dauer der Zweckbindung, gültigen Pacht- bzw. Nutzungsvertrages sowie die schriftliche Einwilligung des/der Eigentümer/in.⁷

⁵ ergänzt durch Erl. MULE vom 19.08.2020; Az.: 51.11-65021

⁶ geändert durch Erl. MULE vom 26.04.2019; Az.: 51.11-65021

⁷ ergänzt durch Erl. MULE vom 19.08.2020; Az.: 51.11-65021

5. Wie wird gefördert?

a) Zuwendungsart:

Projektförderung für einzelne, abgegrenzte Vorhaben in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses bzw. einer nicht rückzahlbaren Zuweisung. Förderfähig sind hierbei Ausgaben für Personal, Sachmittel, laufenden Betrieb und Unterhaltung sowie für Bau und Sanierung.

b) Finanzierungsart:

- Anteilfinanzierung: in Höhe von bis zu 90 v. H. der förderfähigen Ausgaben für alle Maßnahmen außer der unter Nummer 2 c) Punkt 4 aufgeführten Maßnahme
- Vollfinanzierung: in begründeten Einzelfällen können 100 v. H. der förderfähigen Ausgaben gewährt werden
- Festbetragsfinanzierung: für die Gründung von Hegegemeinschaften im Sinn des § 15 des LJagdG LSA; maximal 1.000 Euro innerhalb von drei Jahren.

Die obere Jagdbehörde kann Festbeträge für geeignete Projekte bestimmen.⁸

6. Wie werden Aufträge vergeben?

Im Zuge der Antragstellung sind die Gesamtkosten des Vorhabens plausibel herzuleiten und im Kostenplan nach Positionen getrennt abzubilden.

Lieferungen und Leistungen bis zu einem voraussichtlichen Auftragswert von 5.000,- Euro können ohne Vergabeverfahren beschafft werden (Direktkauf). Die Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sind jedoch zu beachten (z.B. Marktrecherche „Preis-Leistung“ / Internetrecherche).

Übersteigt der voraussichtliche Auftragswert o.g. Grenze sind mehrere, grundsätzlich drei, Anbieter zur Angebotsabgabe aufzufordern. Spätestens mit dem ersten Zahlungsantrag sind die zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung gültigen Angebote beizufügen. Diese müssen in Funktion, Qualität, Quantität und gegebenenfalls weiteren Kriterien (z.B. Projekt- bzw. Lieferzeitraum) die vom Antragsteller geforderten Bedingungen erfüllen. Sollten keine drei vergleichbaren und zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung gültigen Angebote vorliegen, ist bei privaten Antragstellern der Nachweis zu erbringen, dass mindestens drei Anbieter zur Angebotsabgabe aufgefordert wurden. Hierzu sind der Bewilligungsbehörde die Aufforderungen zur Angebotsabgabe, sowie ein Protokoll der Auswertung (wann und wie zur Angebotsabgabe aufgefordert wurde) vorzulegen. Die Entscheidung über den Zuschlag ist unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze (Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit) und in Anlehnung an die Kriterien der Vergabeordnungen, wie z. B. Qualität, Preis, technischer Wert, Ästhetik, Zweckmäßigkeit, Umwelteigenschaften, Betriebs- und Folgekosten, Rentabilität, Kundendienst und technische Hilfe oder Ausführungsfrist vorzunehmen.

⁸ Erl. MULE vom 15. Juni 2018, Az.: 51.11-65021

Wenn das wirtschaftlichste Angebot nicht das preislich günstigste Angebot ist, muss dies nachvollziehbar begründet werden. Der niedrigste Angebotspreis allein ist nicht immer entscheidend. Die Dokumentation über die Einhaltung der vorgenannten Bestimmungen ist der Bewilligungsbehörde zusammen mit dem Verwendungsnachweis vorzulegen.

Eine Auftragserteilung darf erst nach dem Erhalt des Zuwendungsbescheides bzw. der Gewährung des vorzeitigen Maßnahmebeginns erfolgen, da als Vorhabenbeginn der Abschluss eines Liefer- und Leistungsvertrages (Auftragsvergabe) gilt. Eine Auftragsvergabe von Lieferungen oder Leistungen vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides führt zum Ausschluss einer Förderung.

7. Welche Pflichten gegenüber der Bewilligungsbehörde bestehen?

Gehen während des Verpflichtungszeitraums Flächen oder Objekte, für die die Förderung gewährt wird, auf andere Personen über, muss der Empfänger der Förderung oder dessen Rechtsnachfolger die für diese Flächen oder Objekte erhaltene Förderung vollständig zurückerstatten, sofern die eingegangenen Verpflichtungen vom Übernehmer nicht eingehalten werden. Die Übergabe und Übernahme ist vor dem Wirksamwerden des Übergangs der betreffenden Flächen oder Objekte schriftlich beim Landesverwaltungsamt anzuzeigen.⁹ Kann ein Zuwendungsempfänger infolge höherer Gewalt oder außergewöhnlicher Umstände seinen Verpflichtungen nicht nachkommen, so endet die Verpflichtung. Auf die Rückforderung der bereits gezahlten Zuwendungen wird verzichtet. Fälle höherer Gewalt oder außergewöhnlicher Umstände sind der Bewilligungsbehörde innerhalb von 15 Tagen ab dem Zeitpunkt anzuzeigen, nachdem der Zuwendungsempfänger oder dessen Rechtsnachfolger hiervon Kenntnis erlangt hat.¹⁰

8. Welche weiteren Pflichten bestehen?

Bei allen öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen ist durch den Zuwendungsempfänger sicherzustellen, dass gewonnene Erkenntnisse allen Jägerinnen und Jägern des Landes zugänglich gemacht werden.¹¹ Gleichwohl sind die Zuwendungsempfänger verpflichtet darauf, wie im Zuwendungsbescheid festgelegt, hinzuweisen, dass das Projekt durch eine Zuwendung des Landes Sachsen-Anhalt ermöglicht wird.^{12, 13}

Der Bewilligungsbehörde obliegt es den Regelungsinhalt des Bewilligungsbescheides durch Nebenbestimmungen differenziert auszugestalten.

⁹ Erl. MULE vom 15. Juni 2018, Az.: 51.11-65021

¹⁰ Erl. MULE vom 19.08.2020; Az.: 51.11-65021

¹¹ Erl. MULE vom 15. Juni 2018, Az.: 51.11-65021

¹² Erl. MF vom 26. März 2020, Az.: 21-04031/740-2020

¹³ geändert durch Erl. MULE vom 27.07.2020; von der Kennzeichnungspflicht ausgenommen sind: Privathaushalte, Projekte mit einer Zuwendungshöhe kleiner 5.000 €

9. Welche Zweckbindungsfristen sind zu beachten?

- für Bauten und bauliche Anlagen: 10 Jahre
- für Sachen und technische Einrichtungen: 5 Jahre

Seitens des Zuwendungsempfängers ist sicherzustellen, dass die Nutzung im Sinne des Zuwendungszwecks uneingeschränkt über den Zeitraum der im Bescheid festgelegten Zweckbindung weitergeführt wird. Anderenfalls ist die Förderung in voller Höhe durch ihn zurückzuzahlen.

10. Was ist bei der Antragstellung zu beachten?

Die Förderungen werden nur auf schriftlichen Antrag unter Verwendung der vorgesehenen Vordrucke gewährt. Die Antragsunterlagen sind unter <https://lvwa.sachsen-anhalt.de/index.php?id=3596> im Internet eingestellt. Der Antrag ist vollständig ausgefüllt, rechtsverbindlich unterschrieben und mit den erforderlichen Anlagen und Nachweisen versehen beim Landesverwaltungsamt einzureichen. Die Anträge können laufend eingereicht werden.

Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt

Dessauer Straße 70

06118 Halle (Saale)

Tel.: 0345 / 514 - 2646

Fax: 0345 / 514 - 2703

E-Mail: jagd@lvwa.sachsen-anhalt.de

Anlage A - Maßnahmen des Wildschutzes

Fördergegenstand	Beispiele	Finanzierungsart	Finanzierungshöhe
Biotopgestaltung, -pflege und -vernetzung zur Verbesserung der Lebensgrundlagen des Wildes	Niederwildfreundliche Einsaaten	Anteilfinanzierung	bis zu 90 v. H.
	Gehölzpflanzung	Anteilfinanzierung	bis zu 90 v. H.
Wildbestandssicherung oder -verbesserung	Aussetzen von Wild	Anteilfinanzierung	bis zu 90 v. H.
Reduzierung invasiver Arten	Anschaffung Kasten- bzw. Betonrohrfallen	Anteilfinanzierung	bis zu 90 v. H.
Maßnahmen zur Reduzierung von Wildunfällen		Anteilfinanzierung	bis zu 75 v. H.

Anlage B - Maßnahmen der Wildforschung

Fördergegenstand	Beispiele	Finanzierungsart	Finanzierungshöhe
Wildökologische Forschung einschließlich Monitoring	„Distance Sampling“	Anteilfinanzierung	bis zu 90 v. H.
	Wildtier-Informationssystem der Länder Deutschlands (WILD)	Anteilfinanzierung	bis zu 90 v. H.
Untersuchung sowie Überwachung von Lebensräumen	Habitatpotenzialanalyse	Anteilfinanzierung	bis zu 90 v. H.
Entwicklung und Weiterentwicklung von Jagdstrategien		Anteilfinanzierung	bis zu 90 v. H.

Anlage C (1) - Besondere Maßnahmen der Hege oder ähnliche jagdliche Zwecke

Fördergegenstand	Beispiele	Finanzierungsart	Finanzierungshöhe
Veranstaltungen und sonstige Maßnahmen zur jagdlichen Aus- und Weiterbildung	Tagungen, Konferenzen, Seminare	Anteilfinanzierung	bis zu 90 v. H.
Neubau, Ausbau oder Sanierung von Schießstandanlagen, die dem jagdlichen Schießwesen dienen		Anteilfinanzierung	bis zu 90 v. H.
Gründung von Hegegemeinschaften im Sinne des § 15 des LJagdG LSA		Festbetragsfinanzierung	max. 1000 € innerhalb von 3 Jahren
Jagdliche Öffentlichkeitsarbeit	Printmedien, digitale Medien, Ausstellungen o.ä.	Anteilfinanzierung	bis zu 90 v. H.
Falknerei	Ortungsgeräte, Öffentlichkeitsarbeit	Anteilfinanzierung	bis zu 90 v. H.
Jagdliches Brauchtum	Veranstaltungen zur Wahrung jagdlichen Brauchtums (z.B. Jagdhornblasen)	Anteilfinanzierung	bis zu 90 v. H.
Entwicklung von Konzepten oder Strukturen zur Vermarktung jagdlicher Erzeugnisse	„Wild aus der Region“	Anteilfinanzierung	bis zu 90 v. H.

Anlage C (2) - Besondere Maßnahmen der Hege oder ähnliche jagdliche Zwecke

Fördergegenstand	Beispiel	Finanzierungsart	Finanzierungshöhe
Jagdgebrauchshundewesen	Ausbildungsaufwand ¹⁴	Festbetragsfinanzierung	250 €
	Hundeortungsgeräte (Schweißarbeit/Stöbern/Bauarbeit) ¹⁵	Anteilfinanzierung	60 v. H.
	Hundeschutzwesten ¹⁶	Anteilfinanzierung	60 v. H.
	Sauen-/ Keilerschutzhose ¹⁷	Anteilfinanzierung	60 v. H.
Ausbildungsanlagen für Hunde	Schwarzwildgatter, Schliefanlage	Vollfinanzierung	100 v. H.

zusätzliche Zuwendungsvoraussetzungen für die Förderung des Jagdhundewesens:

- Eine Bezuschussung erfolgt nur bis zu einem Höchstalter des Jagdhundes von acht Jahren und nur, sofern keine Zweifel an der Brauchbarkeit bspw. infolge von Krankheiten oder Gebrechen des Hundes bestehen.
- Die Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen wird innerhalb der fünfjährigen Zweckbindungsfrist einmalig unterstützt. Innerhalb dieses Zeitraumes ist die Ersatzbeschaffung, z.B. bei Verlust, Defekt oder Verschleiß, von einer Unterstützung ausgeschlossen. Eine Zuschussgewährung ist auf maximal zwei Jagdhunde je Halter begrenzt.

¹⁴ Nachweis einer erfolgreich abgelegten Brauchbarkeitsprüfung gemäß Nr. 2.2 oder 2.3 AB-LJagdG LSA erforderlich. Die Prüfung darf nicht länger als ein Jahr zurückliegen. Die Zuwendung wird nur einmal je Jagdhund gewährt.

¹⁵ Nachweis der jeweilig entsprechenden erfolgreich abgelegten Brauchbarkeitsprüfung für die Fachgruppen Schweißarbeit, Stöbern oder Bauarbeit gemäß Nr. 2.2 oder 2.3 AB-LJagdG LSA erforderlich. Die Unterstützung der Beschaffung von Hundeortungsgeräten schließt Zusatzhalsbänder für mehrere Hunde ein. Anmelde- und Netzgebühren sowie Betriebskosten sind nicht Gegenstand der Unterstützung mit Mitteln der Jagdabgabe.

¹⁶ Nachweis einer erfolgreich abgelegten Brauchbarkeitsprüfung gemäß Nr. 2.2 oder 2.3 AB-LJagdG LSA erforderlich. Produkte mit Zertifizierungen nach DIN durch anerkannte Einrichtungen wie KWF, DPLF, DITF bzw. ITV werden empfohlen.

¹⁷ Nachweis einer erfolgreich abgelegten Brauchbarkeitsprüfung gemäß Nr. 2.2 oder 2.3 AB-LJagdG LSA erforderlich. Produkte mit Zertifizierungen nach DIN durch anerkannte Einrichtungen wie KWF, DPLF, DITF bzw. ITV werden empfohlen.